

## EU will Partnerschaft mit Zentralasien weiter vertiefen

### Interview mit der EU-Sonderbeauftragten für Zentralasien, Patricia Flor

2005 schuf die EU das Amt eines Sonderbeauftragten für Zentralasien. Seine Aufgabe ist es, die EU in der Region zu repräsentieren, regelmäßigen Kontakt mit Regierungen sowie Nichtregierungsakteuren zu halten, die politischen Entwicklungen zu analysieren und auch die Umsetzung der EU-Zentralasienstrategie zu verfolgen. Darauf aufbauend entwickelt der Sonderbeauftragte Politikvorschläge, um die Ziele der EU in Zentralasien zu fördern. Am 1. Juli 2012 hat die deutsche Diplomatin Patricia Flor dieses Amt von ihrem französischen Amtsvorgänger Pierre Morel übernommen. Die hervorragende Kennerin der Region war von 1993–1995 in der neu eröffneten deutschen Botschaft in Almaty tätig, arbeitete mehrere Jahre bei der UN in New York und war vier Jahre deutsche Botschafterin in Georgien. Von 2010–2012 hatte sie die Position der Sonderbeauftragten für Osteuropa, den Kaukasus und Zentralasien in Berlin inne. Am 1. Juli 2012 ernannten die Außenminister der europäischen Union sie zur EU-Sonderbeauftragten für Zentralasien.

#### Welches Interesse hat die EU heute an Zentralasien?

Das Interesse der EU an Zentralasien ist unverändert groß. Das liegt natürlich daran, dass Zentralasien in gewisser Weise eine Brücke zwischen Europa und Asien ist. Zentralasien verfügt über viele natürliche Ressourcen im Energiebereich, und es hat wachsende Märkte. In dieser Hinsicht ist es für die EU interessant. Dann geht es auch darum, dass die EU schon seit vielen Jahren darum bemüht ist, in ihrer direkten und etwas entfernten Nachbarschaft Stabilität, Reformen und Transformation in Richtung Rechtsstaatlichkeit und Demokratien zu fördern. Das geht darauf zurück, dass uns viele Bedrohungen auch über Zentralasien erreichen. Es ist in unserem Interesse, wenn sich diese Region nach europäischem Vorbild und auf der Grundlage europäischer Prinzipien verändert. Was die Bedrohungen angeht, ist Zentralasien für uns wichtig als Nachbarregion von Afghanistan. Das heißt, die Bemühungen der EU und der internationalen Gemeinschaft, Afghanistan zu stabilisieren, sollten auch Zentralasien einbeziehen. Das findet im Rahmen des Istanbul-Prozesses statt.

#### Mit welchen Zielen haben Sie Ihr Amt als EU-Sonderbeauftragte für Zentralasien im Sommer 2012 angetreten?

Ich habe mir persönlich vorgenommen, die Beziehungen zwischen Europa und Asien zu vertiefen. Die EU-Zentralasienstrategie, seit 2007 in Kraft, hat ja schon eine sehr gute Grundlage gelegt. Aber natürlich kann man hier mehr tun. Eine Dimension, die 2012 von Seiten der EU hinzugefügt wurde, ist ein hochrangiger Sicherheitsdialog, den wir mit den zentralasiatischen Partnern führen wollen. Dabei geht es vor allem darum zu identifizieren, welche gemeinsamen Bedrohungen es gibt, sowie Drogenhandel, Terrorismus, aber auch um fundamentalistische Tendenzen in der Region. Und was können wir gemeinsam tun, um dagegen vorzugehen. Das ist ein Bereich.

Ein weiterer Bereich sind die Energiebeziehungen. Auch das steht in dem Mandat, das mir die europäischen Außenminister mitgegeben haben.

Und es sind Reformen. Ich glaube, die zentralasiatischen Staaten orientieren sich nach Europa. Sie gucken auf Europa, wenn sie nach Modellen für ihre künftige Entwicklung suchen. Aber das heißt auch, dass wir mit ihnen zusammen versuchen sollten, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Partizipation der Zivilgesellschaft, gutes Investitionsklima und andere Dinge voranzubringen.

#### Worum geht es in dem von Ihnen eben erwähnten neuen Sicherheitsdialog und wie wird er umgesetzt?

Es ist gerade im Rahmen des Ministertreffens der EU mit allen fünf zentralasiatischen Staaten im November vergangenen Jahres in Bischkek unter allen Beteiligten Einvernehmen erzielt worden, dass wir diesen hochrangigen Sicherheitsdialog zum ersten Mal im ersten Halbjahr 2013 abhalten wollen. Daran nehmen alle fünf zentralasiatischen Staaten teil. Bei dem Ministertreffen war die hohe Vertreterin, Frau Ashton, persönlich dabei. Es ist schon jetzt klar, dass die Hauptthemen für den Sicherheitsdialog sein werden: Rückwirkungen aus Afghanistan, also Konsequenzen des Abzugs der internationalen Kräfte der ISAF aus Afghanistan auf Zentralasien, aber auch welche positiven Chancen sich möglicherweise daraus ergeben können. Zu dem Sicherheitsdialog wird auch gehören, über andere Bedrohungen wie zum Beispiel Sicherheit der Grenzen und terroristische Tendenzen in der Region zu sprechen.

### Wann und wie oft wird dieser Dialog stattfinden?

Das wird zu entscheiden sein, wenn wir den ersten Sicherheitsdialog haben werden, und der wird in diesem Jahr stattfinden. Das muss man mit den Partnern vereinbaren, in welcher Form man den dann fortführt.

### Sind Sie schon auf Hindernisse gestoßen?

Ein Hindernis ist, dass die EU als außenpolitischer Akteur durchaus nicht einfach zu verstehen ist. Eine Hauptaufgabe für mich ist, die EU Aktivitäten in der Region sichtbar zu machen. Die EU unterstützt Programme in vielen Bereichen. Um nur einige zu nennen: wirtschaftliche Entwicklungen, Wasser und Umwelt, Rechtsstaatlichkeit, Bildung und Erziehung, also das sichtbarer zu machen, aber eben auch den ständigen Dialog mit den dortigen Regierungen zu intensivieren.

Ein weiteres, schwieriges Feld ist natürlich der Bereich der Menschenrechte und der Entwicklung der Zivilgesellschaft, der inneren Entwicklung. Die zentralasiatischen Staaten haben internationale Verpflichtungen, die sie eingegangen sind, wo wir darauf drängen, dass sie eingehalten werden.

Was ich an Positivem sagen möchte: meine Erfahrung in diesen sechs Monaten ist, dass jenseits der schwierigen Felder die EU für alle zentralasiatischen Regierungen ein wichtiger Partner ist. Es gibt andere in der Region, die Russische Föderation, China, die USA, Türkei. Aber auch die EU ist ein gerne gesehener und gewünschter Partner für Zusammenarbeit in vielen Bereichen.

### Wie sehen Sie die Dynamik in der Umsetzung Zentralasienstrategie?

Ein Fortschritt im Verhältnis EU – Zentralasien ist, dass die EU inzwischen mit allen fünf zentralasiatischen Staaten einen Menschenrechtsdialog hat. Wir führen einen intensiven Dialog über Einzelfälle, aber eben auch über die allgemeinen Menschenrechte mit den zentralasiatischen Regierungen. Es gibt einerseits positive Schritte, es hat Amnestien gegeben, wo auch Personen freikamen, für die sich die EU eingesetzt hat. Es gab auch in verschiedenen Ländern neue Gesetze, zum Beispiel zur Zivilgesellschaft, aber auch im Bereich des Strafgesetzbuches, der Justizreform, der Einrichtung der Institutionen von Ombudsleuten, es gab Parteigründungen in einigen Ländern, es gibt also durchaus Positives.

Ein Land will ich auch noch einmal nennen: Kirgistan ist 2010 durch eine schwere Krise gegangen und hat es vermocht, sich durch Wahlen und durch einen friedlichen und demokratischen Machtwechsel von Präsidentin Otunbajewa hin zu dem neuen Präsidenten Atambajew zu stabilisieren.

Auf der anderen Seite gibt es auch negative Momente, die uns Sorgen machen. Es gab dazu auch verschiedentlich EU-Erklärungen. Beispielsweise gibt es immer wieder Blockaden des Internets in Zentralasien, was wir als Eingriff in die Meinungsfreiheit sehen. Es gibt auch Prozesse, insbesondere nach den Schanaosen-Unruhen in Kasachstan, wo aus EU-Sicht die rechtsstaatlichen Anforderungen nicht erfüllt sind. Das gilt auch für Prozesse in anderen Ländern. Es gibt weiterhin also auch Probleme und deshalb ist es weiter notwendig, diesen Dialog intensiv zu führen.

Sowohl politisch wie wirtschaftlich hat die EU durch ihre Zentralasienstrategie enge Kontakte inzwischen institutionalisiert. Ich habe ja einige Foren genannt: der Menschenrechtsdialog, der künftige Sicherheitsdialog, aber auch die jährlichen Ministertreffen. Hier möchte ich ganz besonders hervorheben, dass im November 2012 die Hohe Vertreterin selbst den Dialog geleitet und auch die Region besucht hat. Hier haben sich die hochrangigen Kontakte intensiviert. Das war natürlich auch ein Signal von EU-Seite an die Region, dass wir Zentralasien als Partner hoch einschätzen und die Beziehungen weiter ausweiten wollen.

In wirtschaftlicher Hinsicht möchte ich unterstreichen, dass beispielsweise Kasachstan die EU als größten Markt insbesondere für Energieprodukte hat. Die EU ist inzwischen auch wirtschaftlich in der Region gut verankert. Die zentralasiatischen Staaten haben positive Wachstumsraten, trotz einiger Krisenelemente weltweit. Insofern gibt es auch in der Zukunft gute Chancen für europäische Unternehmen.

### Welche Erwartungen und Erfolge gibt es im Energiebereich – und welche Enttäuschungen?

Für die EU ist ein prioritäres Projekt weiterhin der südliche Korridor, also das Projekt, insbesondere Gas aus Zentralasien über das Kaspische Meer und dann weiter durch den Kaukasus nach Europa in die EU zu bringen. Das ist ein prioritäres Projekt, wo einige Fortschritte erreicht wurden, aber es ist eben noch nicht so weit gediehen, dass wir jetzt sagen könnten, die transkaspische Pipeline wird demnächst gebaut.

Die positiven Schritte, die erreicht wurden: Es gab seitens der EU-Mitgliedstaaten ein Mandat für den Energiekommissar der EU, Herrn Oettinger, in Verhandlungen mit Turkmenistan und Aserbaidschan einzutreten über ein dreiseitiges Abkommen. Hier geht es darum, die Grundlagen für die transkaspische Pipeline zu schaffen. Seit ein- und einhalb Jahren laufen die Verhandlungen sehr intensiv. Ich würde mir wünschen, dass wir da auch demnächst sichtbare Ergebnisse erzielen.

Was positiv ist: kasachstanisches Öl ist unter den Energieträgern, die in die EU gelangen. Da gibt es in verschiedener Hinsicht Energie-Kooperationen, heute schon. Die Frage Gas stellt sich im Zusammenhang mit Kasachstan nicht vorrangig.

#### Wie sind die Aussichten auf Gas aus Turkmenistan?

Es gibt immer eine Konkurrenz um die Energieressourcen auf diesen Märkten. Die letzten Schätzungen der Gasvorräte Turkmenistans weisen darauf hin, dass Turkmenistan wahrscheinlich die viertgrößten Ressourcen der Welt hat, was die Chancen eröffnet, durchaus in verschiedene Himmelsrichtungen zu liefern. Turkmenistan liefert jetzt nach China, Turkmenistan liefert bereits nach Norden, nach Russland, aber der Umfang der Ressourcen ist so groß, dass aus meiner Sicht keine Unvereinbarkeit besteht. Letztendlich können alle von diesem turkmenischen Gas profitieren. Mein Hauptargument, warum es sich ebenso für Turkmenistan lohnt, sich auch in Richtung EU zu engagieren: Die EU ist der größte Markt für Gas, und sie ist ein sehr zuverlässiger Markt. Wenn hier Vereinbarungen getroffen werden können, dann geben sie auch Planungssicherheit für Turkmenistan und die auf längere Sicht.

Turkmenistan hat bei verschiedenen Gelegenheiten deutlich gemacht, dass es idealerweise gerne auch in verschiedene Himmelsrichtungen liefert. Es gibt auch das Projekt der TAPI Pipeline, also Turkmenistan–Afghanistan–Pakistan–Indien, insofern die südliche Richtung. Wenn wir als EU sagen, unser Ziel ist Diversifizierung, dann ist es ja auch verständlich, dass auch die Produktionsländer wie Turkmenistan eine Gruppe von Kunden haben wollen.

#### Wie sehen Sie die Entwicklung in den einzelnen Staaten Zentralasiens?

In der Zentralasienstrategie gibt es zwei wesentliche Komponenten: die bilateralen Beziehungen zu jedem einzelnen zentralasiatischen Land, und die Regionalprogramme, die alle zentralasiatischen Staaten mit einschließen. Dass es diese beiden Komponenten gibt, hat damit zu tun, dass jedes Land einzigartig ist, auch wenn wir hier in Europa die Region allgemein heute als Zentralasien bezeichnen. Jedes Land hat eine andere Ressourcenausstattung, andere Voraussetzungen, eine eigene Sprache – es sind eben individuelle Länder. Ich möchte auf jedes Land einzeln eingehen.

Bei **Kirgistan** ist es so, dass das Land während der letzten zwei Jahre durch schwierige Zeiten gegangen ist. Die EU hat ihr Engagement in dieser Zeit erhöht. Die EU unterstützt dort auch Polizei-Projekte im Süden des Landes, wo es 2010 die blutigen Ausschreitungen gab. Wir wollen hier die Aussöhnung innerhalb des Landes und innerhalb eines multiethnischen Staates unterstützen.

Mit **Kasachstan** verhandelt die EU über ein neues, vertieftes Partnerschaftsabkommen. Das spiegelt die Tatsache wieder, dass Kasachstan sich in wirtschaftlicher Hinsicht sehr schnell entwickelt hat. Insofern ist es ein sehr interessanter Partner für die EU. Ich hatte schon berichtet, dass wir mit Kasachstan auch zu dem Thema Rechtsstaatlichkeit eng zusammenarbeiten, das ist einer unserer Schwerpunkte mit Kasachstan.

**Tadschikistan** hat eine lange Grenze mit Afghanistan. Damit hat es ein besonderes Interesse am Schutz der Grenzen. Da gibt es EU-Programme, die hier auch greifen. BOMCA (Border Management Programme Central Asia) ist eines der wichtigsten. Wir sind aber auch bereit, mit Tadschikistan im Bereich Wasser und Energie, ländliche Entwicklung und an weiteren Themen zusammen zu arbeiten. Es ist immer noch eines der ärmsten Länder in der Region. Da sind diese Bereiche besonders wichtig.

Bei **Turkmenistan** ist Energie natürlich ein Schwerpunkt, aber nicht nur. Da geht es darum, den Transformationsprozess zu stützen hin zu einer Gesellschaft und zu einem Staat, der auf europäischen Standards ruht. Das ist weiter unser Ziel.

**Usbekistan** ist mit der EU durch eine schwierige Phase gegangen. Wir hatten einige Jahre eine EU-Sanktionspolitik. Inzwischen hat die EU die Beziehungen wieder aufgenommen. Es wurde eine EU-Delegation eröffnet. Die EU ist inzwischen in allen Ländern vertreten, sogar in Turkmenistan mit einem kleinen Verbindungsbüro. In Usbekistan haben wir auch ein großes Projekt im Bereich der Strafrechtsreform ins Leben gerufen, denn das ist für uns dort ein ganz wichtiger Bereich.

### **Wie sehen Sie das Zusammenspiel der Entwicklungen in Kasachstan?**

Die Entwicklung der Zivilgesellschaft ist für alle diese Länder prioritär. Ich glaube, gerade bei Kasachstan, aber auch Turkmenistan und Usbekistan, die ja im Moment ihre Entwicklung sehr stark auf den Rohstoffbereich stützen, wird es notwendig sein, wirtschaftlich zu diversifizieren. Aber alle Erfahrung belegt, dass kleine und mittlere Unternehmen, dass Vielfalt in der Wirtschaft und in vielen anderen Bereichen auch davon abhängt, dass Rechtsstaatlichkeit gewährleistet ist, und dass eben auch Mitspracherecht der Bevölkerung und der Zivilgesellschaft gewährt werden.

Es hängt aus meiner Sicht beides zusammen. Deshalb halte ich es für außerordentlich wichtig, dass sich neben Strategien im Rohstoffbereich auch weitere Strategien entwickeln: das Parlament mit mehr Kräften gestalten, die Zivilgesellschaft einbeziehen, die Regionen einbeziehen. Es gibt große Unterschiede in der Entwicklung in bestimmten Regionen im Verhältnis zur Hauptstadt oder zu Almaty. Das sind alles Aufgaben, die ganz wichtig sind. Und wo eben auch die Erfahrungen und der Erfahrungsaustausch hilfreich sein können.

### **Wie sieht die EU die Zusammenarbeit der zentralasiatischen Staaten untereinander?**

Da gibt es aus meiner Sicht ein durchaus differenziertes Bild. Einerseits schätzen wir, dass im Rahmen der verschiedenen regionalen Plattformen, die die EU eingerichtet hat, alle fünf Staaten aus der Region zusammenkommen und auch zusammenarbeiten. Die Plattformen beziehen sich auf die Bereiche Wasser und Umwelt, Rechtsstaatlichkeit und Bildung. Das ist sehr wichtig und auch sehr gut. Man muss aber auch festhalten, dass es viele Bereiche gibt, in denen die regionale Zusammenarbeit noch unzureichend entwickelt ist. Es gibt noch viele Grenzübergänge, die geschlossen bleiben. Es gibt immer noch viele Hürden und Hindernisse für Bewegungsfreiheit, aber auch für Handel und Austausch untereinander – es gibt immer wieder Spannungen zwischen benachbarten Ländern in der Region. Wir sehen gerade in diesem Bereich der regionalen Kooperation noch ein sehr großes ungenutztes Potenzial.

Die EU steht als Beispiel dafür, wie stark die regionale Entwicklung intensiviert und dynamisiert werden kann, wenn man ein integriertes Grenzmanagement hat und wenn man sich auf gleiche Standards einigt. Das ist das, wofür wir in den Kontakten mit den Zentralasiaten plädieren.

### **Welche Rolle hat der Drogenhandel als destabilisierender Faktor für die Region?**

Es ist völlig klar, dass ist die Drogen, die aus Afghanistan stammen, über verschiedene Routen dann Russland oder auch die EU erreichen. Da sind wir im illegalen Bereich, und das ist einer der Bereiche, wo aus Sicht der EU die Zusammenarbeit intensiviert werden sollte. Es gibt auch EU-Programme, eines heißt CADAP. Da geht es darum, den Informationsaustausch zu intensivieren: Was passiert mit den Drogen, wo gehen sie durch? Da geht es auch um Nachfrage-Reduzierung. Ein Transitland wird auch immer ein Konsumland. Das ist etwas, was Sie in Zentralasien auch sehen. Und das wiederum auch nicht zur Stabilität dieser Gesellschaften beiträgt.

### **Wie sehen Sie die aktuelle Lage heute zwischen Usbekistan und Kirgistan?**

Ich möchte zum einen daran erinnern, dass Usbekistan in dieser schwierigen Zeit 2010 eine konstruktive Rolle gespielt hat. Was ist 2010 passiert? Es gab die blutigen Auseinandersetzungen in der Region von Osch, im Süden Kirgistans, wo eben auch ethnische Usbeken innerhalb Kirgistans betroffen waren. Dann gab es eine große Fluchtwelle, die über die Grenze nach Usbekistan geschwappt ist. Man muss sagen, dass Usbekistan sich damals sehr besonnen und sehr konstruktiv verhalten hat, also zusammen gearbeitet hat mit internationalen Organisationen, um die Flüchtlinge zu versorgen. Und seinerseits in keiner Weise in den Konflikt eingegriffen hat, obwohl die Betroffenen auf der anderen Seite zum Teil Angehörige der gleichen ethnischen Gruppe, also Usbeken, waren.

Es gab damals auch sehr engen Kontakt zwischen den beiden Hauptstädten Bischkek und Taschkent. Nichtsdestotrotz, es gibt weiter Grenzzwischenfälle. Einige stammen aus den letzten Wochen. Das hat damit zu tun, dass die Grenze bis heute nicht ordentlich demarkiert ist. Und es gibt keine endgültige Vereinbarung, wo sie verläuft, und es gibt Enklaven. Und so gibt es usbekische Gebiete die vollständig innerhalb kirgisischen Territoriums liegen. Das ist immer eine schwierige Grundsituation.

Aus unserer Sicht, und dazu gibt es ein EU-Projekt, ist es notwendig, dass man sich endlich auf die Grenzen einigt, sie dann vernünftig markiert, und gleichzeitig eine gute nachbarschaftliche Zusammenarbeit vereinbart, auch einen

kleinen Grenzverkehr und andere Regelungen. Das ist das Ziel. Aber da werden wir hart dafür arbeiten müssen, wenn wir das erreichen wollen.

#### **Welche Rolle kann die EU dabei spielen?**

Die EU kann zum Beispiel technische Unterstützung leisten. Es gibt einerseits Verhandlungen, die geführt werden müssen. Die müssen die beiden betroffenen Regierungen miteinander führen.

Aber wenn es um die technischen und die geophysischen Daten geht, also Indikatoren, die man braucht um festzustellen, wo die Grenze verläuft, oder um zu regeln, dass es Gebietstausch an bestimmter Stelle geben könnte, da haben sie Anforderungen an Daten, und da kann die EU durchaus helfen. Es gibt bereits ein laufendes Projekt in der Region, denn das gleiche Problem besteht zwischen anderen Ländern in der Region auch. Die EU hat dabei eine beratende und technisch unterstützende Rolle.

#### **Wie sehen Sie den Truppenabzug aus Afghanistan und wie die Auswirkungen auf Zentralasien?**

Es gibt eine große Sorge in der Region über die weitere Entwicklung in Afghanistan. Das nehme ich sehr deutlich wahr, und auch Frau Ashton hat das in ihren Gesprächen festgestellt, als sie im November dort war. Die Sorge ist insbesondere, dass destabilisierende Phänomene wie Drogenhandel, aber auch Infiltration durch terroristische Gruppen, terroristischen Fundamentalismus, aber auch andere Dinge sich verstärken könnten. Es gibt also die Sorge, dass der Abzug der Truppen dazu führt, dass die Lage weniger stabil ist, und dass dies Rückwirkungen auf Zentralasien hat. Das ist die große Sorge.

Andererseits gibt es ein großes Potential. Das ist der Grund, warum sich die EU so sehr in dem Heart of Asia, in dem Istanbul-Prozess, engagiert: Es gibt ein großes Potenzial, die Zusammenarbeit in der Region zum Positiven zu entwickeln.

Die zentralasiatischen Staaten haben keinen Zugang zu den Weltmeeren, sie sind Landgebiete. Ihr nächster Zugang zu den Weltmeeren wäre im Süden, durch Afghanistan und Pakistan und zum Persischen Golf. Es würde die Teilnahme am Welthandel enorm erleichtern, wenn es gelänge, diese Route zu öffnen.

Die zentralasiatischen Länder und Wirtschaften entwickeln sich. Mit die größten Märkte für Energie, aber auch für viele andere Dinge, sind natürlich in China, aber auch in Indien. Es wäre für die Gesamtregion von Vorteil, wenn man rund um Afghanistan die entsprechende Infrastruktur und auch die Mechanismen der Zusammenarbeit schaffen könnte, die es erlauben, dieses sehr große Potential der Region positiv zu nutzen.

Der Istanbul-Prozess, in diesem Rahmen haben sich Afghanistan und die Nachbarstaaten der Region und die internationale Gemeinschaft geeinigt, hat eine Reihe von vertrauensbildenden Maßnahmen. Davon will die EU drei unterstützen. Das eine ist die Unterstützung des Handels. Es ist ein Bereich, der enorm wichtig ist, um dann auch die soziale und wirtschaftliche Stabilisierung zu ermöglichen. Dann ist es der Kampf gegen Drogen und Drogenabhängigkeit, und drittens ist es die Katastrophenabwehr. Zentralasien ist eine Region, in der es viele Erdbeben und andere Gefährdungen gibt. Ich halte es für außerordentlich wichtig, dass man Afghanistan nicht nur unter dem Gesichtspunkt möglicher Risiken sieht, sondern auch die möglichen Chancen.

Zentralasien ist, so wie es im Moment ist, natürlich höher entwickelt, als viele Bereiche im benachbarten Afghanistan, nicht nur wirtschaftlich, aber auch was die Infrastruktur angeht. Hier könnte man durchaus positive Synergien schaffen. Was uns im Moment durch den Truppenabzug hilft: Die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft für die Region wächst. Es ist damit allen klar, dass wenn wir verhindern wollen, dass wir dort eine Grauzone haben, wo sich Terrorismus und andere Strukturen entwickeln können, die dann eine weltweite Bedrohung darstellen, wenn wir das verhindern wollen, dann müssen wir mit allen in der Region intensiv zusammenarbeiten. Und dann gehören die zentralasiatischen Staaten auf jeden Fall dazu.

#### **Warum soll sich ausgerechnet die EU für Zentralasien engagieren?**

Die EU ist weltweit engagiert, gerade in wirtschaftlicher Hinsicht. Die EU ist in Asien aktiv, in Lateinamerika, in vielen anderen Weltgegenden. Wir bewegen uns inzwischen auf globalen Märkten. Auch die EU muss ihre Kontakte und Einflussmöglichkeiten zur Geltung bringen. Man sollte nicht vergessen, Zentralasien ist auch geographisch noch ziemlich nahe an der EU. Mali ist nicht wesentlich näher als Zentralasien.

Das Argument der Entfernung sehe ich nicht. Was ich sehe, gerade wenn wir über Energieressourcen reden, oder sich entwickelnde Märkte, dann ist uns Zentralasien ziemlich nah. Wir wissen alle, wie sehr die EU und insbesondere Deutschland in den letzten 20 Jahren von der Entwicklung in Osteuropa profitiert haben. Und das sollten wir auch versuchen, in Zentralasien zu erreichen. Wir sind dort gern gesehene Partner. Es ist durchaus nicht so, dass die Zentralasiaten sagen würden, wir haben ja unseren großen anderen Nachbarn. Sie arbeiten gerade in bestimmten Bereichen gern mit der EU zusammen.

#### **Überwiegt in Zentralasien die internationale Konkurrenz oder die Zusammenarbeit?**

Es gibt eher eine Zusammenarbeit, es gibt verschiedene Schwerpunkte. Das chinesische Engagement ist sehr stark auf Infrastrukturprojekte konzentriert, die auch zweifellos nötig sind. Dann hat Russland seine traditionellen Beziehungen, die zum Teil auch wirtschaftlich weiter bestehen. Russland ist auch ein Arbeitsmarkt, auf dem viele zentralasiatische Migranten arbeiten, und so ihr Auskommen finden. Die EU ist wiederum ein Akteur, der sich für bestimmte Bereiche und Investitionen etabliert hat. Es gibt eine Zusammenarbeit zwischen deutschen und anderen europäischen Firmen mit Zentralasiaten. Aber die EU ist eben auch ein Akteur, der in Bereiche geht wie Bildungs- und Austauschprogramme, der in Bereichen wie Rechtsstaatlichkeit sehr wirksam sein kann. Warum Rechtsstaatlichkeit? Zum einen, weil wir uns eben wirklich dafür engagieren. Das ist nicht bei allen Akteuren so. Aber zum zweiten, weil das Rechtssystem der Zentralasiaten ja tatsächlich auf einem kontinentaleuropäischen Fundament beruht. Das ist nicht fremd, wenn man so will. Und es gibt sehr gute Anknüpfungspunkte, die man nutzen kann, zusammen mit dem Europarat und anderen europäischen Institutionen.

#### **Was kommt, wenn der Truppenabzug aus Afghanistan beendet ist?**

Das Engagement der EU in Zentralasien ist auf längere Zeit angelegt. Das sieht man auch an der Zentralasienstrategie. Für jeden, der sich mit der Region beschäftigt, ist klar: Diese Entwicklungen in der Region werden Zeit brauchen. Das heißt, dass wir unsere Beziehungen in diesem Raum über längere Zeit entwickeln wollen. Das gilt für Investitionen im Energiebereich genauso wie in der Transformation der Gesellschaften und der Rechtsstaatlichkeit. Das sind alles langfristige Strategien, wo wir eben auch die strategische Geduld haben müssen, auf längere Sicht mit unseren Partnern zusammenarbeiten.

**Vielen Dank!**

*Die Fragen stellte Birgit Wetzel am 21. Januar 2013.*